Arbeitskreis Energiewende (AKE)

NEWSLETTER ENERGIE

März 2017 03/17

LANDESVERBAND ARBEITSKREIS ENERGIEWENDE AKE

AKTUELLES
AKE TERMINE

POLITISCHE ENTWICKLUNGEN MÄRZ 2017

BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE
BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ, BAU UND REAKTORSICHERHEIT
BUNDESNETZAGENTUR
BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND MEDIEN, ENERGIE UND TECHNOLOGIE
EUROPÄISCHE UNION

DAS WICHTIGSTE IM MÄRZ...

Staatssekretär Baake erwartet konstruktive Suche nach Trassenkorridoren bei SuedLink und SuedOstLink

Staatssekretär Baake führt heute (23.03.2017) Gespräche mit Länderministern sowie Bundestagsabgeordneten zu den Stromautobahnen „SuedLink“ und „SuedOstLink“. Er wird darin auf die Notwendigkeit eines zugleich zügigen und sachorientierten Planungs- und Genehmigungsverfahrens für die Vorhaben hinweisen. Gemeinsam mit der Bundesnetzagentur als zuständiger Behörde werden Ablauf und Aspekte der anstehenden Bundesfachplanung erörtert.

Staatssekretär Baake: „Ich freue mich, dass die Vorhabenträger ihre Anträge für die wichtigen Stromautobahnen SuedLink und SuedOstLink gestellt haben. Gerade diese Vorhaben sind für die Energiewende enorm wichtig: Sie transportieren den Windstrom von Norddeutschland zu den Verbrauchern in Süddeutschland. Durch Netzausbau beseitigen wir einen Großteil der heutigen Netzengpässe und erhalten die einheitliche deutsche Preiszone am Strom-Großhandelsmarkt. Jetzt erwarte ich, dass die Bundesnetzagentur, die Vorhabenträger und die betroffene Öffentlichkeit gemeinsam und konstruktiv für Mensch und Natur möglichst verträgliche Trassenkorridore entwickeln. Die örtlichen Kenntnisse der Länder, Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger vor Ort können dabei sehr hilfreich sein. Auch Alternativen zu den Vorschlagskorridoren müssen weiter geprüft werden.“
PRESSEMITTEILUNG »

Arbeitskreis Energiewende (AKE)

NEWSLETTER ENERGIE

März 2017 03/17

LANDESVERBAND ARBEITSKREIS ENERGIEWENDE AKE

AKTUELLE TERMINE

07.04.2017	AKE-Landesvorstandssitzung, Nürnberg
23.06.2017	AKE-Landesvorstandssitzung, München
21.10.2017	AKE-Landesversammlung mit Neuwahlen

Weitere Informationen zum AKE:

HOMEPAGE TWITTER

POLITISCHE ENTWICKLUNGEN MÄRZ 2017

BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE

Kabinett verabschiedet Marktstammdatenregisterverordnung

Das Bundeskabinett hat heute auf Vorschlag des Bundeswirtschaftsministeriums die sogenannte Marktstammdatenregisterverordnung (PDF: 1,0 MB) verabschiedet. Durch die Verordnung wird die rechtliche Grundlage für die Errichtung und den Betrieb eines Marktstammdatenregisters energiewirtschaftlicher Daten geschaffen. Mit dem Marktstammdatenregister wird ein von jedermann nutzbares Instrument geschaffen, das wesentliche Akteure der Bereiche Strom und Gas erfasst und damit dem Energiemarkt als Ganzes dient. Das Register erfasst erstmals sämtliche Erzeugungsanlagen – Neuanlagen und Bestandsanlagen, Anlagen zur Erzeugung von erneuerbarer und konventioneller Energie, von Strom und Gas – und bestimmte Verbrauchsanlagen sowie die Betreiber der Anlagen.

WEITERE INFORMATIONEN »

Beckmeyer: Bürgerdialog beim Netzausbau ist wichtiger Beitrag zur Energiewende

Der Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, Uwe Beckmeyer, trifft heute in Berlin das Projektteam des „Bürgerdialogs Stromnetz“ zu einem Gespräch über die Arbeit in den vom Netzausbau berührten Regionen Deutschlands. Die Projektleiter werden Staatssekretär Beckmeyer über ihre Eindrücke aus den Bürgergesprächen berichten und eine Dokumentation der bisherigen Arbeit des „Bürgerdialogs Stromnetz“ überreichen.

WEITERE INFORMATIONEN »

Internationale Energiewende-Konferenz:

Gabriel und Zypries eröffnen dritten „Berlin Energy Transition Dialogue“

Außenminister Sigmar Gabriel und Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries eröffnen heute den dritten „Berlin Energy Transition Dialogue“ im Auswärtigen Amt in Berlin. Zahlreiche Ministerinnen und Minister, unter anderem aus Argentinien, China, Dänemark, Kuba und den Vereinigten Arabischen Emiraten sowie hochrangige Delegationen, Wirtschaftsvertreter und Gäste aus mehr als 93 Staaten werden erwartet. Die internationale Energiewende-Konferenz wird von der Bundesregierung gemeinsam mit dem Bundesverband Erneuerbare Energien e.V. (BEE), dem

Bundesverband Solarwirtschaft e.V. (BSW-Solar), dem Beratungsunternehmen eclareon sowie der Deutschen Energie Agentur (dena) veranstaltet und von einem umfangreichen Begleitprogramm flankiert. Am morgigen zweiten Tag wird von Seiten der Bundesregierung Umweltministerin Barbara Hendricks sprechen.

WEITERE INFORMATIONEN »

Bundesregierung schlägt G20 Ressourcenpartnerschaft vor – Weltressourcenrat präsentiert Ergebnisse zum globalen Ressourcen- und Rohstoffverbrauch

Auf Deutschlands Initiative beraten die G20-Staaten heute erstmals über den effizienten und nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen und Rohstoffen. Vertreter der 20 größten Wirtschaftsmächte kommen dazu heute in Berlin zu Regierungsgesprächen zusammen. Bei diesem Anlass stellt der Weltressourcenrat der Vereinten Nationen seinen neuesten Grundlagenbericht vor.

WEITERE INFORMATIONEN »

Staatssekretär Baake begrüßt Einigung über neue Energielabels

Auf EU-Ebene konnte gestern im Vermittlungsverfahren zwischen Vertretern des Parlaments, der Kommission und des Rats eine Einigung über neue Energielabels erreicht werden. In einem nächsten Schritt müssen nun noch das Europäische Parlament und der Rat dem Verordnungsvorschlag der EU-Kommission in zweiter Lesung formal zustimmen. Das Paket wird voraussichtlich Mitte 2017 in Kraft treten. Das Energielabel mit der Farbskala (grün = sehr effizient) bis rot (sehr ineffizient) gilt seit 20 Jahren und greift mittlerweile für über 16 Produkte von klassischen Haushaltsgeräten über Fernseher bis hin zu Heizkesseln.

WEITERE INFORMATIONEN »

Deutschland und Australien gründen eine bilaterale Arbeitsgruppe zu Energie und Rohstoffen

Am Rande des diesjährigen "Berlin Energy Transition Dialogue" unterzeichneten Staatssekretär Rainer Baake und sein australischer Kollege Gordon de Brouwer heute eine Absichtserklärung über die engere institutionalisierte Kooperation der Bundesregierungen von Deutschland und Australien in den Bereichen "Energie" und "Rohstoffe". Zentrales Thema der jetzt ins Leben gerufenen Arbeitsgruppe ist der Austausch über langfristige Energiestrategien in beiden Ländern mit dem Ziel, den Wandel hin zu einer umweltverträglichen, sicheren und bezahlbaren Energieversorgung zu fördern und zu beschleunigen. Durch einen regelmäßigen Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken verfolgen beide Regierungen das Ziel, die Energieproduktivität zu erhöhen, den Ausbau der erneuerbaren Energien zu fördern sowie stabile Investitionsbedingungen zu schaffen und die Versorgungssicherheit durch eine Diversifizierung der Energiequellen zu erhöhen.

WEITERE INFORMATIONEN »

BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ, BAU UND REAKTORSICHERHEIT

Inge Paulini wird neue Präsidentin des Bundesamtes für Strahlenschutz

Die Naturwissenschaftlerin Dr. Inge Paulini wird neue Präsidentin des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS). Einen entsprechenden Personalvorschlag von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks nahm das Bundeskabinett auf seiner heutigen Sitzung zustimmend zur Kenntnis. Inge Paulini folgt auf Wolfram König, der das Amt seit 1999 leitet

und seit August 2016 zugleich Präsident des neu errichteten Bundesamtes für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) ist.

WEITERE INFORMATIONEN »

Hendricks: Wir stellen die Endlagersuche vom Kopf auf die Füße

Heute bringen CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN einen fraktionsübergreifenden Entwurf zur Fortentwicklung des Standortauswahlgesetzes in den Bundestag ein. Bis zum Jahr 2031 soll auf Grundlage eines wissenschaftsbasierten und transparenten Verfahrens ein Endlagerstandort gefunden werden. Das novellierte Standortauswahlgesetz legt für die Endlagersuche die fachlichen Kriterien und Anforderungen fest. Aus Anlass des beginnenden parlamentarischen Verfahrens erklärt Bundesumweltministerin Barbara Hendricks:

WEITERE INFORMATIONEN »

EU-Mitgliedstaaten für effektiveren Klimaschutz und Erhalt der Industrie beim Emissionshandel

Gestern haben sich die EU-Mitgliedstaaten im Umweltrat auf eine gemeinsame Position zur Reform des Emissionshandels verständigt. Dazu erklärt Bundesumweltministerin Barbara Hendricks: "Wir haben in harten Verhandlungen für unsere beiden Kernforderungen einiges erreicht. Erstens ist es gelungen, die Klimaschutzwirkung des Emissionshandels deutlich zu stärken. Investitionen in den Klimaschutz werden damit attraktiver. Die Zeit der dramatischen Zertifikats-Überschüsse ist bald vorbei. Zweitens haben wir es geschafft, die europäische Industrie vor unfairem Wettbewerb zu schützen. Denn dem Klimaschutz wäre nicht gedient, wenn unsere europäische Industrie künftig anderswo genauso oder noch CO2-intensiver produzieren würde. Beides ist eine gute Grundlage für die anstehenden Verhandlungen mit dem europäischen Parlament."

WEITERE INFORMATIONEN »

BUNDESNETZAGENTUR

Bundesnetzagentur startet erste Ausschreibung für Windenergieanlagen an Land

Die Bundesnetzagentur hat heute die erste Ausschreibungsrunde für Windenergieanlagen an Land für den Gebotstermin 1. Mai 2017 eröffnet. "Mit den Ausschreibungsverfahren für Windenergieanlagen an Land werden nach denen für Solaranlagen nunmehr auch Zahlungen für die ausbaustärkste Technologie wettbewerblich ermittelt. Damit fallen beide Hauptsäulen der Erneuerbaren Energien zu ganz wesentlichen Teilen unter die Ausschreibungen", sagt Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur. Er ergänzt: "Unsere Erfahrungen, die wir bei den Solarausschreibungen gemacht haben, werden auch bei Wind zu schnellen und rechtssicheren Ergebnissen führen."

WEITERE INFORMATIONEN »

Bundesnetzagentur prüft Antrag für Stromleitung SuedOstLink

Die Bundesnetzagentur hat heute den Antrag auf Genehmigung eines Korridors für den ersten Abschnitt der Stromleitung SuedOstLink erhalten. Der Verlauf der Leitung wird nun in einem mehrstufigen Verfahren geprüft. Dabei führt die Behörde eine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit durch. "Der Antragseingang ist der Startschuss für eines der zentralen Projekte der Energiewende. Der SuedOstLink gehört zu den Projekten mit Erdkabelvorrang," stellt Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur, fest. "Wir werden den Vorschlagskorridor wie auch die

Alternativen sorgfältig untersuchen. Unser Ziel ist, die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt so gering wie nur möglich zu halten." Homann betont: "Erst am Ende des Verfahrens steht fest, welche Regionen tatsächlich von der Leitung betroffen sind".

WEITERE INFORMATIONEN »

STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND MEDIEN, ENERGIE UND TECHNOLOGIE

Bayerische Staatsregierung beschließt Verordnung über Gebote für Photovoltaik-Freiflächenanlagen

Aigner: "Photovoltaik-Projekte auf Acker- und Grünlandflächen in agrarische benachteiligten Gebieten sind nun wieder möglich"

Die Bayerische Staatsregierung hat in seiner Kabinettssitzung am 7. März 2017 die Verordnung über Gebote für Photovoltaik-Freiflächenanlagen beschlossen. Bayerns Energieministerin Ilse Aigner: „Mit der Verordnung schaffen wir als eines der ersten Bundesländer die Voraussetzungen, dass sich Photovoltaik-Projekte auf Acker- und Grünlandflächen in landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten an den Ausschreibungen der Bundesnetzagentur beteiligen können. Damit erhöhen wir die Wettbewerbschancen Bayerns in den Ausschreibungen und sichern den weiteren Ausbau von Freiflächenanlagen in Bayern."

WEITERE INFORMATIONEN »

Übertragungsnetzbetreiber reichen Anträge auf Bundesfachplanung für SuedLink und SuedOstLink ein

Aigner / Pschierer: "Vorschläge für SuedLink und SuedOstLink erfüllen wesentliche Forderungen Bayerns"

Die Übertragungsnetzbetreiber TenneT, 50 Hertz und TransnetBW reichen in Kürze die Anträge auf Bundesfachplanung für die Hochspannungs-Gleichstrom-Vorhaben SuedLink und SuedOstLink bei der Bundesnetzagentur ein. Bayerns Energieministerin Ilse Aigner und Bayerns Energiestaatssekretär Franz Josef Pschierer, Leiter der Taskforce Netzausbau, zu den vorgestellten Plänen: „Die Übertragungsnetzbetreiber leiten mit den Anträgen auf Bundesfachplanung den nächsten Schritt zur Verwirklichung der Erdkabelprojekte SuedLink und SuedOstLink ein. Wir stehen jetzt am Beginn des offiziellen Genehmigungsverfahrens." Noch vor Beginn des offiziellen Genehmigungsverfahrens hatten die Übertragungsnetzbetreiber im Herbst 2016 ein mögliches Leitungskorridornetz vorgelegt und die Vorschläge intensiv mit verschiedenen Interessengruppen und der Bevölkerung vor Ort diskutiert. Pschierer: „Die frühzeitige Einbindung der Öffentlichkeit war uns ein großes Anliegen und hat erheblich zu einer Versachlichung der Diskussion um die Gleichstromleitungen beigetragen."

WEITERE INFORMATIONEN »

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Wind- und Meeresenergie: Zwei Berichte der EU-Forschungsstelle belegen Europas Führungsrolle

Die Gemeinsame Forschungsstelle der Europäischen Kommission hat heute (Dienstag) zwei Berichte zum Stand der Windenergie und der Meeresenergie in der EU veröffentlicht. „Europa bleibt weltweit führend im Bereich der erneuerbaren Technologien und der Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen. Ob wir diese Position halten können, wird von unserer Fähigkeit abhängen, Energietechnologien für die intelligente Wirtschaft des 21. Jahrhunderts zu produzieren und zu managen", sagte EU-Kommissar Tibor Navracsics.

WEITERE INFORMATIONEN »

A bis G statt A+++: Kommission begrüßt Einigung auf verständlicheres Energielabel

EU-Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič und EU-Kommissar Miguel Arias Cañete haben die Einigung zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat der EU-Staaten von gestern (Dienstag) Abend auf ein überarbeitetes Energieeffizienzlabel begrüßt. Wie von der Europäischen Kommission im Sommer 2015 vorgeschlagen, wird die derzeitige Skala von A+++ bis G durch eine klare und nutzerfreundlichere Skala von A bis G ersetzt. „Die neuen Labels stärken die Stellung der Verbraucherinnen und Verbraucher, da sie die Energieeffizienz beim Kauf von Elektrogeräten nun besser vergleichen könne“, sagte Maroš Šefčovič.

WEITERE INFORMATIONEN »

Kartellrecht: Kommission testet Verpflichtungszusagen von Gazprom für mittel- und osteuropäische Gasmärkte

Die Europäische Kommission bittet alle Interessenträger um Stellungnahme zu den Verpflichtungsangeboten, die der russische Staatskonzern Gazprom unterbreitet hat, um die wettbewerbsrechtlichen Bedenken der EU-Wettbewerbsaufsicht in Bezug auf die Gasmärkte in Mittel- und Osteuropa auszuräumen. Die Verpflichtungszusagen sollen dafür sorgen, dass im grenzüberschreitenden Gashandel wettbewerbsbestimmte Preise erhoben werden. „Dies ist für Millionen Europäer von Belang, die zu Hause und in ihren Betrieben auf Gas angewiesen sind. Bevor wir abschließend über die Verpflichtungszusagen befinden, wollen wir jedoch die Stellungnahmen von Abnehmern und anderen Interessenträgern einholen und sorgfältig prüfen“, sagte die für Wettbewerbspolitik zuständige EU-Kommissarin, Margrethe Vestager.

WEITERE INFORMATIONEN »

Der Arbeitskreis Energiewende der CSU (AKE) übernimmt keine Garantie und keine Verantwortung für die Handlungen Dritter, die auf diesen Informationen, Analysen und Meinungen basieren. Alle zusammengetragenen Beiträge sind öffentlich zugänglich und spiegeln die Meinungen und Positionen der jeweiligen Institutionen wider. Die Quellen der Artikel sind jeweils im weiterführenden Link dokumentiert. Die Verantwortung der Richtigkeit der Informationen liegt bei den angegebenen Institutionen. Für Rückfragen oder Kommentare wenden Sie sich bitte an den AKE-Landesverband, vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden Martin Ehrenhuber.